POSITION

DEUTSCHER
BUNDESJUGENDRING

Politische Beteiligung junger Menschen schützen – Gegen Einschüchterungen und Repressionen

Der DBJR spricht sich klar für das politische Engagement junger Menschen aus. Demonstrationen als Form des Protests gegen gesellschaftliche Missstände sind ein zentraler und legitimer Teil einer freiheitlichen Demokratie. Vor diesem Hintergrund stehen wir unmissverständlich an der Seite junger Menschen, die friedlich und gewaltfrei insbesondere zu kontroversen gesellschaftlichen Themen wie der Wehrpflicht demonstrieren. Werden freie Meinungsäußerungen und friedliche Proteste durch Einschüchterungen und unverhältnismäßige staatliche Maßnahmen bestraft, trägt das zu sogenannten Shrinking bzw. Closing Spaces bei und ist eine Gefahr für unsere Demokratie.

Als DBJR beschließen wir deshalb folgendes:

- Der DBJR stellt sich klar an die Seite der Betroffenen von Repression und verurteilt jegliche Form von unverhältnismäßigem staatlichem Handeln, welches Demonstrierende in der Ausübung demokratischer und gewaltfreier Protestformen einschränkt.
- Der DBJR wird sich gegenüber Bundesregierung und Bundestag sowie in seinen jugendpolitischen Bündnissen dafür einsetzen, dass die Beteiligungs-, Meinungs- und Versammlungsrechte junger Menschen bei sicherheitspolitischen Gesetzgebungsvorhaben systematisch berücksichtigt werden.
- Der DBJR fordert eine transparente Prüfung der bekannt gewordenen Berichte über Kontaktaufnahmen von Verfassungsschutz- und anderen Sicherheitsbehörden mit minderjährigen Beteiligten des Bündnisses „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Dabei sollen insbesondere Anlass, rechtliche Grundlage und Zweck der Kontaktaufnahmen sowie die Beachtung der besonderen Schutzbedürftigkeit Minderjähriger nachvollziehbar dargestellt werden, sowie die Prüfung, ob es sich bei den Berichten um gezielte Desinformation handelt, soweit dem keine rechtlichen Schutzgründe entgegenstehen.
- Wir fordern: Eingriffe müssen auf einer rechtlichen Grundlage beruhen, verhältnismäßig sein und dürfen nicht allein an eine politische Positionierung anknüpfen. Bei sicherheits- und innenpolitischen Maßnahmen sind die Beteiligungs- und Freiheitsrechte junger Menschen sowie die besonderen Bedingungen politischer Sozialisation im Jugendalter angemessen zu berücksichtigen.

Einstimmig bei 6 Enthaltungen beschlossen durch die 99. Vollversammlung in Berlin.

Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, info@dbjr.de, www.dbjr.de
Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend